



Zusammenkunft aller
Physik-Fachschaften

Entwurf: Heizkosten

Addressierte: Deutschen Studierendenwerke (DSW), Bildungspolitische Sprecher aller Parteien im deutschen Bundestag, Sozialpolitische Sprecher aller Parteien im deutschen Bundestag, MeTaFa, fzs

Antragstellende: Peter (Alumni), Kai (JLU Gießen)

Antragstext

Die kürzlich beschlossenen Entlastungspakete der Bundesregierung sollen helfen, die Last der gestiegenen Energiepreise abzumildern. Steuerzahler erhalten dafür die Energiepreispauschale[11]. BAföG-Beziehende werden durch den Heizkostenzuschuss entlastet[12]. Studierende, welche hingegen kein BAföG beziehen, was mittlerweile mit steigender Tendenz auf über 89 % von ihnen zutrifft[13,14], erhalten durch diese Aufteilung gar keine Unterstützung und bleiben auf den gestiegenen Energiekosten sitzen.

Die ZaPF fordert daher die Bundesregierung auf, diesen Missstand zu beheben und auch für Studierende außerhalb des BAföGs einen *angemessenen* Lastenausgleich zu schaffen.

[11] https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/20_Legislaturperiode/2022-05-27-StEntlastG2022/4-Verkuendetes-Gesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=2

[12] <https://www.gesetze-im-internet.de/heizkzuschg/BJNR069800022.html>

[13] <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=previous&levelindex=1&step=1&titel=Ergebnis&levelid=1654413572518&acceptcookies=false#abreadcrumb>

[14] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_497_213.html#:~:text=Dezember%202020,einer%20Hochschule%20in%20Deutschland%20eingeschrieben

Begründung

Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Energiepreise hat die Bundesregierung aktuell mit den Gesetzen zur Energiepreispauschale und dem Heizkostenzuschuss Entlastungen auf den Weg gebracht. Die Energiepreispauschale wird dabei an Steuerzahlende ausgeschüttet, den Heizkostenzuschuss bekommen vor allem Wohngeld- und BAföG-Empfänger. Studierende liegen mit ihrem Einkommen in aller Regel unter dem Grundfreibetrag der Einkommensteuer. Gleichzeitig beziehen nur 11% von ihnen überhaupt BAföG. Der absolute Großteil der Studierenden fällt also bei der aktuell von der Bundesregierung vorgesehenen Unterteilung komplett raus. Und das dem Umstand zum Trotz, dass gerade die Studierenden es sind, die in der aktuellen Situation ohnehin schon überproportional mehrbelastet sind.